Rechnungsprüfungsordnung

der Stadt Hildesheim

vom 09.07.1990

in der Fassung vom 05.07.2004

(1. Änderung am 02.09.1996)

(2. Änderung vom 05.07.2004, Amtsblatt Landkreis 2004 S. 500, in Kraft seit 02.09.2004)

§ 1

Stellung des Rechnungsprüfungsamtes

- (1) Das Rechnungsprüfungsamt ist dem Rat unmittelbar unterstellt und nur diesem verantwortlich. Es ist bei der sachlichen Beurteilung der Prüfungsvorgänge unabhängig und insoweit an Weisungen nicht gebunden. Mit den sich hieraus ergebenden Einschränkungen bleibt die Dienstaufsicht des Oberstadtdirektors unberührt.
- (2) Das Rechnungsprüfungsamt besteht aus der Leiterin oder dem Leiter, den Prüfern, Prüferinnen und sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Leiterin oder der Leiter und die Prüferinnen und Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes müssen fachlich und persönlich für die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes geeignet sein und insbesondere die für ihre Prüfungstätigkeit erforderlichen Kenntnisse haben. Die Leiterin oder der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes ist für die ordnungsgemäße und rechtzeitige Erledigung der Prüfungsgeschäfte dem Rat gegenüber verantwortlich.
- (3) Dem Ausschuss für Finanzen obliegt unter Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes im Bereich des Prüfungswesens:
 - a) die Beratung der Prüfung der Jahresrechnung nach 120 NGO im Rahmen des Verfahrens nach § 100 (3) NGO zur Vorbereitung einer Entscheidung des Rates nach § 40 (1) Ziff. 9 NGO,
 - b) die Beratung anderer Prüfungsberichte mit wesentlichem Inhalt aus der Aufgabenstellung nach § 119 (3) NGO zur Vorbereitung einer Entscheidung des Verwaltungsausschusses, wobei er die Stellungnahme anderer Fachausschüsse einholen kann,
 - c) die Erörterung sonstiger Angelegenheiten der Rechnungsprüfung.
- (4) Zu den Beratungen in den Fachausschüssen und im Verwaltungsausschuss wird das Rechnungsprüfungsamt eingeladen.

§ 2

Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes

- (1) Außer den Pflichtaufgaben, die das Rechnungsprüfungsamt nach § 119 (1) und (2) NGO wahrzunehmen hat, werden ihm die in § 119 (3) NGO genannten Aufgaben als weitere Aufgaben übertragen.
- (2) Im Rahmen dieser Aufgaben bzw. zusätzlich hat das Rechnungsprüfungsamt wahrzunehmen:
 1. Die Prüfung von Kassenanordnungen vor ihrer Zuleitung an die Kasse (Visa-Kontrolle) gem. näherer Regelung in Anl. 1 zur Dienstanweisung für das Kassenanordnungswesen,
 2. die Prüfung der Jahresrechnungen und der Kasse des Zweckverbandes "Förderzentrum im Bockfeld",
 3. die Prüfung der Jahresrechnungen und der Kasse des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim (ZAH) im dreijährigen Wechsel mit dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Hildesheim,
 4. die Prüfung der Jahresabschlüsse
 - a) des Verkehrsvereins Hildesheim e.V.,
 - b) der der Aufsicht durch die Stadt Hildesheim unterliegenden selbständigen Stiftungen,
 5. die Prüfung von Nachweisen über die Verwendung von Bundes- und Landesmitteln.
- (3) Das Rechnungsprüfungsamt nimmt die sich aus § 124 NGO ergebenden Prüfungsaufgaben wahr.

§ 3

Durchführung der Aufgaben

- (1) Die Prüfungsaufgaben sind nach Maßgabe der geltenden gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen. Das Rechnungsprüfungsamt kann die Prüfungen nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränken und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichten (§ 120 (1) NGO).
- (2) Das Rechnungsprüfungsamt ist im Rahmen seiner Aufgaben befugt, von den städtischen Ämtern, Betrieben und Einrichtungen sowie von den Vorständen der seiner Prüfung unterliegenden Gesellschaften, Anstalten und Stiftungen usw. die für die Prüfung erbetenen Auskünfte zu erteilen und die Akten, Schriftstücke, Ausschuss- und Ratsinformationen und sonstigen Unterlagen vorzulegen und auszuhändigen. Dies gilt auch für alle mit der ADV erstellten Daten und Programme.

Das Rechnungsprüfungsamt kann auch von anderer Stelle jede zweckdienliche Auskunft einholen.

- (3) Die Leiterin oder der Leiter und die Prüferinnen und Prüfer sind berechtigt, Prüfungen ohne vorherige Anmeldung an Ort und Stelle durchzuführen. Im Rahmen ihrer Prüfungstätigkeit ist ihnen Zutritt zu allen Räumen, Grundstücken und Baustellen zu gewähren und Einblicke in die Bestände, Akten, Bücher, Behälter und sonstige Unterlagen zu gestatten. Die Prüferinnen und Prüfer weisen sich erforderlichenfalls durch einen Dienstaussweis aus.
- (4) Soweit regelmäßige Wirtschaftsprüfungen durch andere Stellen (Wirtschaftsprüfer, Treuhänder, Revisionsverbände u.a.) vorgenommen werden, kann sich die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes auf nicht bereits geprüfte Teilgebiete und die Auswertung der vorliegenden Prüfungsberichte beschränken.
- (5) Wird das Rechnungsprüfungsamt bei der Durchführung seiner Aufgaben durch unzureichende Mitarbeit der beteiligten Stellen, insbesondere bei der Erhebung von Feststellungen nach den Abs. 2 oder 3, behindert, hat es der Oberstadtdirektorin oder dem Oberstadtdirektor zu berichten.

§ 4

Prüfungsberichte

- (1) Geringfügige Beanstandungen sind im Verlauf der Prüfung mit der geprüften Stelle mündlich, fernmündlich oder im Urschriftsverfahren auszuräumen.
- (2) Bei der Prüfung im Rahmen der Jahresrechnung fasst das Rechnungsprüfungsamt seine Bemerkungen in einem Schlussbericht zusammen (§ 120 (3) NGO) und legt diesen dem Oberstadtdirektor zur Vorbereitung des Verfahrens nach §§ 100 (3), 120 (4) NGO vor.
- (3)
 1. Ergeben sich bei weiteren durchgeführten Prüfungen wesentliche Beanstandungen oder Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, hat die zuständige Prüferin oder der zuständige Prüfer einen schriftlichen Prüfungsbericht zu fertigen. Vor Abschluss einer Prüfung, über die ein schriftlicher Bericht erstattet wird, ist die Leiterin oder der Leiter der geprüften Stelle über das Ergebnis der Prüfung zu unterrichten und anzuhören. Für eine schriftliche Stellungnahme zu den Prüfungsberichten räumt das Prüfungsamt der geprüften Stelle eine angemessene Frist ein. Werden die Prüfungsberichte nicht oder nicht ausreichend innerhalb einer festgesetzten Frist beantwortet, so hat erforderlichenfalls das Rechnungsprüfungsamt dem Oberstadtdirektor hierüber zu berichten.
 2. Die Leiterin oder der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes legt Prüfungsberichte mit wesentlichem Inhalt der Oberstadtdirektorin oder dem Oberstadtdirektor und der Stadtkämmerei vor. Sie sind mit einer Stellungnahme der Oberstadtdirektorin oder des Oberstadtdirektors unverzüglich dem Ausschuss für Finanzen vorzulegen.

Zu den Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, in denen Prüfungsberichte unter Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes beraten werden, erhält das Rechnungsprüfungsamt die dazu gefertigten Unterlagen der Verwaltung.

3. Ergibt sich bei Prüfungen hinreichender Verdacht auf wesentliche Unkorrektheiten oder Unregelmäßigkeiten, insbesondere strafbare Handlungen oder Dienstvergehen, hat die

Leiterin oder der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes unverzüglich der Oberstadtdirektorin oder dem Oberstadtdirektor, und soweit Kassengeschäfte davon betroffen sind, auch der Kassenaufsichtsbeamtin oder dem Kassenaufsichtsbeamten zu berichten.

- (4) Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes zu Auftragsvergaben, über die der Verwaltungsausschuss zu entscheiden hat, sind - soweit sie nicht von der Verwaltung ausgeräumt werden - bei der Vorlage der Vergabe im Verwaltungsausschuss bekannt zu geben und zu protokollieren.

§ 5

Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Rechnungsprüfungsamt

- (1) Das Rechnungsprüfungsamt ist von der Absicht, wichtige organisatorische Änderungen oder wesentliche Neueinrichtungen, besonders im Bereich des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen vorzunehmen, so rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, dass es sich vor der Entscheidung gutachtlich äußern kann.
- (2) Vor der Einrichtung oder Aufhebung von Kassen, der Einführung von Gutscheinen und geldwerten Drucksachen oder der Einrichtung von Konten bei Geldinstituten ist das Rechnungsprüfungsamt gutachtlich zu hören. Es hat sich insbesondere zu den vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen zu äußern.
- (3) Dem Rechnungsprüfungsamt sind unverzüglich zuzuleiten:
1. Die Vorschriften, Verfügungen, Beschlüsse usw., die das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen betreffen. Das gleiche gilt für Satzungen, Lohnstarife, Preisverzeichnisse, Dienstpläne und dergleichen,
 2. die Niederschriften über die Sitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Fachausschüsse,
 3. die Berichte übergeordneter oder sonstiger Prüfungsorgane (Rechnungshöfe, Kommunalprüfungsamt, Finanzamt, Sozialversicherungsträger, Wirtschaftsprüfer, Treuhandgesellschaften usw.).
- (4) Das Rechnungsprüfungsamt ist unter Darlegung des Sachverhalts von dem im Einzelfall betroffenen Amt oder Betrieb sofort zu unterrichten, wenn sich ein Verdacht von dienstlichen Verfehlungen sowie Unregelmäßigkeiten ergibt oder sonstige Ursachen, z.B. Fehler in ADV-Programmen, vorliegen, durch die ein Vermögensschaden für die Stadt entstanden ist oder entstanden sein könnte. Das gleiche gilt auch für Verluste durch Diebstahl, Einbruch, Beraubung usw. sowie für die Ermittlung von Kassenfehlbeständen.

Die Benachrichtigung des Rechnungsprüfungsamtes befreit nicht von der Meldung an die Oberstadtdirektorin oder den Oberstadtdirektor.

- (5) Dem Rechnungsprüfungsamt sind laufend unaufgefordert mitzuteilen:

1. Die Vollmachten zur Abgabe verpflichtender Erklärungen (Name und Umfang),

2. die Ermächtigungen zur Unterzeichnung von Kassenordnungen einschließlich der Feststellungsbefugnisse (Name, Unterschriftsprobe und Umfang),
3. die Vollmachten zur Ausübung von Kassengeschäften.

§ 6

Diese Rechnungsprüfungsordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und ersetzt die Rechnungsprüfungsordnung vom 15. Februar 1982.

gez. Klemke
Oberbürgermeister

gez. Dr. Buerstedde
Oberstadtdirektor